

DER OESTERREICHISCHE VOLKSWIRT

MIT DER BEILAGE: DIE BILANZEN ERSCHEINT JEDEN SAMSTAG

RED. & ADM. WIEN II. PORZELLANGASSE 27
TELEFON 22143 POSTSPARKASSE NR. 21177

14. JAHR WIEN, 19. SEPTEMBER 1922 NR. 49/50

Bezugsbedingungen

Das Abonnement beträgt

| | Hauptblatt allein | mit der Beilage „Die Bilanzen“ vierteljährlich |
|--|----------------------|--|
| Für Deutschösterreich | K 32.000 | K 48.000 |
| Für Ungarn | u. K 1600 | u. K 2400 |
| Für die Tschecho-Slowakei | č. K 25 | č. K 37-50 |
| Für Polen | p. Mk. 4000 | p. Mk. 6000 |
| Für Jugoslawien | jug. K 200 | jug. K 300 |
| Für Deutschland | Mk. 800 | Mk. 1200 |
| Für Rumänien | Lei 120 | Lei 180 |
| Für Italien | Lira 20 | Lira 30 |
| Für das übrige Ausland | schw. Frs. 10 | schw. Frs. 12-50 |
| Einschlummern: K 4000, u. K 200, č. K 5—, p. Mk. 500, jug. K 25 Mk. 100—, Lei 14—, Lira 3—, schw. Frs. 1. | | |

Die Beilage wird nur an Abonnenten des Hauptblattes abgegeben.

Probenummern auf Verlangen gratis.

Administration: Wien, IX., Porzellangasse 27. Alleinvertretung für das Deutsche Reich: U. T. Z. Verlag und Annoncenexpedition Berlin, W 62, Lützowplatz 14.

Im Falle der Erhöhung der Druckkosten behalten wir uns die Erhöhung der Bezugspreise während der Laufzeit des Abonnements vor.

Dr. G. St.: Prag-Verona-Genf.

Noch einmal scheint sich das alte Spiel zu wiederholen. Noch einmal werden in der Bevölkerung Hoffnungen geweckt, die sich niemals verwirklichen können. Noch einmal glaubt man damit eine Frist zu gewinnen, die es gestattet, in der alten Weise fortzuwirtschaften. Die Kanzlerreise ist ungefähr so verlaufen, wie es vorauszusehen war. Ihr praktisches Ergebnis ist wenigstens für den Augenblick fast völlig negativ, und die politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sie erschlossen hat, sind dazu bestimmt, gleichfalls an den harten Tatsachen zu scheitern. Aber je dunkler und unbestimmter die Meldungen lauten, die amtlich auf allen Seiten über den Verlauf der politischen Konferenzen ausgegeben wurden, um so weiterer Spielraum erschließt sich der Phantasie, und da diesmal die Interessen fast aller europäischen Staaten auf dem Spiele stehen,

fließt ihr der Nährstoff von allen Seiten zu. Der eine Erfolg der Kanzlerreise ist unbestreitbar: Sie hat einen europäischen „Wirbel“ erzeugt. Die Frage ist nur, ob Deutschösterreich davon etwas zu gewinnen hat. Die Regierung ist davon überzeugt. Denn ihr stellt sich die Sachlage einfacher dar: Sie hält die „Selbsthilfeaktion“, die sie eingeleitet hat, für die einzig mögliche, und da diese Aktion gescheitert ist, sind die wirtschafts- und finanzpolitischen Möglichkeiten Deutschösterreichs erschöpft. Somit ist nur der politische Weg übrig geblieben. Auf die kalte Abfuhr, die man sich in London geholt hatte, wollte man die Antwort geben. Glaubte man dort, die österreichische Frage ignorieren zu können, so sollte Österreich von sich aus der Welt zeigen, daß mit dieser Frage das ganze politische System Europas, wie es die Friedensverträge geschaffen haben, verknüpft ist. Seit Dr. Seipel die Reise nach Prag angetreten hat, steht Deutschösterreich im Mittelpunkt der politischen Diskussion Europas. Aber das will wenig besagen.

Von den drei Konferenzen, die Dr. Seipel in rascher Aufeinanderfolge abhielt, war die Berliner sachlich belanglos. In Berlin konnte es zu mehr als einer verständnisvollen gegenseitigen Mitteilung der drückendsten Sorgen überhaupt nicht kommen. Deutschland schwebt heute in so furchtbaren innen- und außenpolitischen Gefahren, daß es kaum die seelische Spannkraft aufbringt, um die Sorgen des allzu lang entfremdeten österreichischen Bruderstaates intensiv mitzuempfinden. Der deutsche Besuch blieb, als was er von vornherein gedacht war, ein Herzlichkeitsakt mit demonstrativer Absicht nach außen und vielleicht noch mehr nach innen. Die Welt ist über die wirkliche Lage in Deutschland zu gut unterrichtet, um diese Demonstration irgendwie tragisch zu nehmen. Sie hat auch nirgends sonderliche Aufregung hervorgeufen. Immerhin mag man sich über einen guten Anfang freuen, daß Wien und Berlin zum erstenmal seit dem Krieg in unmittelbare Verbindung getreten sind, und dieser Anfang wird vielleicht seine Fortsetzung finden, indem in ruhigeren Tagen einmal auch die leitenden reichsdeutschen Staatsmänner den Weg nach Wien nehmen.

Politisch und finanziell entscheidend waren Prag und Verona. In Wien hatte man angenommen, daß Dr. Benesch einen wirtschaftlichen Hilfsplan für Deutschösterreich in Bereitschaft halte. Ernste Gerüchte wußten sogar davon zu erzählen, daß er dem Kanzler eine tschechische Anleihe von 1 Milliarde öK anbieten würde. Nichts dergleichen ist zur Sprache gekommen. Dr. Benesch ist der maßvoll zurückhaltende Diplomat geblieben, als den man ihn kennt. Er hält am staatlich-politischen Zustande Mitteleuropas fest, er will von Aufteilungs- und Besetzungsplänen nichts wissen, er verkennt nicht, daß jeder derartige „Lösungs“versuch die Interessengegensätze zwischen den europäischen Staaten bis zum kriegerischen Konflikt verschärfen müßte, in dem jeder dieser neuen Staaten seine staatliche Existenz aufs Spiel setzen würde. Aber der tschechische Ministerpräsident fühlte sich auch nicht berufen oder imstande, allein mit den Mitteln und Kräften seines Landes das österreichische Problem einer wirtschaftlichen Lösung entgegenzuführen. Alles, was er versprach, war die nachdrückliche Unterstützung vor dem Völkerbund und Dr. Benesch durfte dabei im Namen der ganzen kleinen Entente sprechen. Was ist davon praktisch zu erwarten? Der Völkerbund ist bekanntlich als solcher kein handlungsfähiges Organ. Er hat über die einzelnen Staaten so wenig finanzielle Zwangsgewalt, wie er politische Zwangsgewalt üben kann. Er kann beraten und den Mächten bestimmte Pläne empfehlen. Nicht mehr. Der Völkerbund kann weder selbst eine Anleihe aufbringen, noch auch nur Bürgschaft für eine Anleihe übernehmen. Er kann höchstens den Völkerbundmächten empfehlen, die von Österreich erbetene Garantie für einen Auslandskredit auf sich zu nehmen. Aber eine solche Empfehlung ist nicht geeignet, die Entschlüsse der einzelnen wesentlich zu beeinflussen. Die Tschecho-Slowakei und mit ihr die kleine Entente sollen bereit sein, die Garantie für eine österreichische Anleihe zu gewähren. Von Italien dürfte dasselbe gelten. Die Entscheidung der Schweiz ist noch nicht gefallen. Dem Einfluß Dr. Benesch' in Paris mag man es zutrauen, daß auch Frankreich sich einem solchen Vorgehen anschließt. Aber all das würde Deutschösterreich noch nicht einen Cent Kredit verschaffen. Denn für das amerikanische Privatkapital kommen all diese Staatsgebilde heute als Garanten kaum in Betracht. Was soll selbst die französische und italienische Garantie dem amerikanischen Finanzkapital gelten, solange Frankreich und Italien sich Amerika gegenüber in statu eridae befinden, so lange sie sich außerstande erklären, auch nur die Zinsen, geschweige denn das Kapital, auf ihre alten Schulden an die angelsächsischen Mächte zu bezahlen! Und man weiß, welchen Demütigungen gerade Frankreich bei seinen jüngsten Verhandlungen in Washington ausgesetzt war, ohne daß die französischen Delegierten den erbetenen Schuldnachlaß erwirken konnten. Blicke als einziger tragfähiger Garant England, dasselbe England, das durch den Mund Lloyd Georges eben erst das Verlangen nach einer solchen Anleihegarantie kurzerhand mit der Begründung abgewiesen hat, daß man dem englischen Steuerzahler nicht eine solche Zumutung stellen dürfe. Hatte man sich vor Genf in dem durch gewisse Depeschen geweckten Glauben gewiegt, daß in England plötzlich intensives Interesse für Deutschösterreich geweckt sei, so mußte Dr. Seipel in Genf selbst bald feststellen, daß

England vom Kontinent immer weniger wissen will. England aber ist dem Einflusse Dr. Benesch' bisher unzugänglich gewesen und nichts deutet darauf hin, daß es seine ablehnende Haltung zu ändern gesonnen sei, zumal gerade England von der Welle der Unruhe, die die Kanzlerreise überall sonst in Europa geweckt hat, sich überhaupt nicht berührt zeigt. Der Steuerzahler — er steht im Hintergrund als der Beherrscher all der Regierungen, die sich jetzt um die Lösung des österreichischen Problems bemühen, und er ist ebenso unerbittlich wie unzugänglich. Denn jede Anleihegarantie setzt Parlamentsbeschlüsse voraus, und wie die zahlreichen europäischen Parlamente derartige Fragen behandeln, das weiß man in Deutschösterreich nun aus wiederholten traurigen Erfahrungen. Die Geschichte der Aufhebung der Generalpfandrechte und des französischen und italienischen Vorschusses, die noch immer nicht zur Verfügung des österreichischen Finanzministers stehen, ist noch unvergessen. Es lag nicht an böser Gesinnung gegen Deutschösterreich, sondern im Wesen des parlamentarischen Apparates, daß sich die Entscheidungen so lange hinauszogen.

Auf viel weiter gesteckte Pläne hat man sich in Verona eingelassen. Ob die Anregungen dazu vom österreichischen Bundeskanzler oder von italienischer Seite ausgegangen sind, wird das Parlament festzustellen haben. Jedenfalls hat sich Italien in der österreichischen Frage aufs höchste interessiert gezeigt, und was in Rom auf seine Möglichkeit und Durchführbarkeit geprüft wurde, war nichts weniger als eine Zoll- und Währungsunion zwischen den beiden Staaten. Daß die leitenden Minister auf beiden Seiten damit eine klare Vorstellung verbanden, ist wohl zu bezweifeln. Italien war in Verona durch seinen Außenminister Schanzer vertreten. Herr Schanzer hat von jeher als überaus vorsichtiger Staatsmann gegolten, dessen politische Stellung nicht stark genug ist, als daß er für sein Land eine irgendwie belastende Verpflichtung übernehmen könnte. Der maßgebende und wie es scheint auch politisch stärkste Minister im Kabinett Facta, der Schatzminister Paratore, war weder selbst in Verona anwesend, noch auch lag seine Meinungsäußerung über die dort besprochenen Fragen vor. Mit ihm nahm in Rom Sektionschef Dr. Schüller Verhandlungen auf und schon nach den ersten Besprechungen klangen die Äußerungen der italienischen Presse um sehr vieles kühler und skeptischer. Von Rom wird — worauf viele Symptome hindeuten — abgewartet. Übrig bleiben mag die Auszahlung des längst versprochenen und beschlossenen Kredits von 70 Mill. Lire und ein Handelsvertrag nach dem Muster der Verträge, die Deutschösterreich schon längst mit Deutschland und mehreren der Nachfolgestaaten abgeschlossen hat.

Das ist weit weniger, als Österreich im Augenblick braucht, aber ist auch wohl alles, was Italien im Augenblick zu geben hat. Die italienische Politik ist in dieser Frage wie in allen wichtigen Fragen seit den Tagen von Versailles zwiespältig. Ihr Ehrgeiz ist ungeheuer weit gespannt. Es lockt den italienischen Imperialismus, der seit dem Krieg in den führenden gesellschaftlichen Schichten sich noch übersteigert hat, die Machtsphäre des italienischen Imperiums bis nach Wien zu erstrecken, zu unmittelbarer Grenznachbarschaft mit der Tschecho-Slowakei und Ungarn zu gelangen. Die

„natürliche“ Grenze des italienischen Nationalstaates braucht man dabei nicht zu verrücken, aber die Grenze der Einflußsphäre wächst darüber weit hinaus. Aber diesem prestigehungrigen Italien steht ein anderes Italien gegenüber: ein Land, das seine politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nüchtern abwägt und darnach handelt. Über die Rolle der italienischen Außenpolitik seit dem Kriegsausgang braucht man nur die Kritik Nittis in seinem berühmt gewordenen Buch nachzulesen. Italien ist inaktiv geworden. Es fühlt sich in Europa von dem Ring, den Frankreich und die von Frankreich unterstützte und Frankreich unterstützende kleine Entente bildet, beengt und bedroht. Versuche, die gerade Herr Schanzer gemacht hat, diese Isolierung durch ein engeres Verhältnis zu England zu sprengen, sind gescheitert, einem Handelsabkommen, das er in Genua mit Rußland abgeschlossen hatte, hat die Moskauer Regierung die Ratifikation verweigert. Das ist nicht die politische Lage, in der man es unternehmen kann, die ganze Welt herauszufordern. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß weder die kleine Entente noch Frankreich ein wirtschaftliches Protektorat Italiens über Deutschösterreich billigen. Wie weit sie in der Abwehr einer solchen Absicht gehen würden, hängt wohl von der Energie und den Mitteln ab, mit denen Italien diese Absicht betreiben würde. Deutschösterreich hat dabei in keinem Fall etwas zu gewinnen, wohl aber alles zu verlieren. Denn am Horizont steht der unausdenkbare Schrecken eines neuen Krieges, dessen Schauplatz unser Land wäre. Ein etwas kühnes Spiel ist diese „Aufrollung der zentral-europäischen Frage.“

Noch weniger als die politischen scheinen die wirtschaftlichen Konsequenzen eines wirtschaftlichen Anschlusses Deutschösterreichs an Italien überdacht worden zu sein. Die unendliche Debatte über eine wirtschaftliche „Annäherung“ der Mittelmächte während des Krieges scheint schon wieder ganz in Vergessenheit geraten zu sein. Sonderbar, wie leicht man nun auf einmal die Frage nimmt, die man damals für ganz und gar unlösbar gehalten hat. Soviel steht wohl fest, daß eine Zollunion ohne eine Währungsunion für Deutschösterreich überhaupt belanglos wäre. Das, was den Plänen der Regierung die instinktive Zustimmung weiter Kreise verschafft, ist das Gefühl, daß mit dem Eintritt Deutschösterreichs in das Wirtschaftsgebiet Italiens die Gefahr des Zusammenbruches der Währung gebannt wäre und Deutschösterreich ungefähr auf dem Fuße der industriereichen Provinzen Italiens leben könnte. Italien würde zu einem Kurse, der ungefähr der Kaufkraftparität entsprechen müßte, die umlaufenden Kronen in Lire umwandeln — jede Abweichung von dieser Parität nach oben oder unten würde in beiden Ländern schwere wirtschaftliche Störungen zur Folge haben — und im übrigen — nun, über das übrige hat man sich bisher keine Gedanken gemacht. Es besteht aber in nichts geringem, als daß eben Italien, wenn es verhüten will, daß die Lira den Weg der österreichischen Krone einschläge, für das gesamte Wirtschaftsdefizit — nicht nur das Defizit des Staatshaushaltes — unbeschränkt aufkommen müßte. Und dieses Wirtschaftsdefizit — das Überwiegen des Verbrauches über das volkswirtschaftliche Einkommen — würde natürlich in dem Augenblick sprunghaft emporschnellen, in dem der Übergang zu einer relativ hochwertigen Währung und die wirtschaftliche Vereinigung mit einem Land, das nie durch

die Blockade hindurchgegangen ist, die Lebensgewohnheiten der österreichischen Bevölkerung weit über ihr heutiges Niveau heben würde. Wie weit dieser Abstand ist, kann nur der ermessen, der seit dem Krieg Italien gesehen hat. Vor dem Krieg trat es dem reisenden Österreicher als armes Land entgegen. Heute bietet es das Bild strotzenden Reichtums — eine optische Täuschung, der das an die Erscheinungen eines Massenelends gewohnte österreichische Auge erliegt. Ein Angleichung an den Lebensstandard Italiens würde das österreichische Wirtschaftsdefizit, das heute mit 400 bis 500 Millionen Goldfrancs, also jetzt bereits mit 1-6 bis 2 Milliarden Lire anzunehmen ist, wahrscheinlich in kürzester Frist auf das Doppelte steigern. Italien hat selbst eine passive Handelsbilanz, deren Rückwirkungen auf die Valuta es mühsam mit Hilfe der wieder einfließenden Auswanderergelder und durch Belebung des Fremdenverkehrs abwehrt. Es hat ein Budgetdefizit von 6 Milliarden Lire, ohne daß darin ein Centime für Zinsen und Schuldrückzahlung an England und Amerika eingestellt wäre, während es anderseits an den deutschen Sachlieferungen unter dem Titel der Reparation teilnimmt, also einen bedeutenden Teil seines Kohlenbedarfes kostenlos deckt. Kein Finanzminister der rasch wechselnden Kabinette kann heute daran denken, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen. Italien hat in Europa außer England die anständigste und energischste Finanzpolitik schon während des Krieges und nachher getrieben, es hat sich dabei insbesondere niemals von der Chimäre großer deutscher Zahlungen blenden lassen. Aber trotz all dieser Energie fühlt es sich heute am Rande seiner Kraft. Direkte und indirekte Steuern, Postgebühren, Eisenbahntarife, Monopole sind bis zur Grenze des Erträglichen ausgeschöpft, weiter zu gehen verbietet wenigstens jetzt und in den nächsten Jahren die schwierige wirtschaftliche Lage, in die das Land bald nach Friedensschluß geraten ist. Und in dieser Lage soll eine italienische Regierung ihrem Lande die zusätzliche Last des österreichischen Wirtschaftsdefizits zumuten!

Dieses Wirtschaftsdefizit zu verringern, gibt es zwei Wege: Die Einschränkung des Konsums und die Ausgestaltung des Produktionsapparates. Die Einschränkung des Konsums setzt eine entsprechende staatliche Finanzpolitik voraus. Zu ihr hat sich die österreichische Regierung bisher als unfähig erwiesen. Sollte sich das in Hinkunft ändern, dann wird die Voraussetzung des Anschlusses an einen fremden Nationalstaat hinfällig. Dann bleibt die „zentraleuropäische Frage“ nicht länger aufgerollt. Oder der künftige Protektor nimmt die Kontrolle der Finanz- und Wirtschaftspolitik selbst in die Hände: Dann sinkt Deutschösterreich nicht auf den Rang einer italienischen Provinz — denn die ist selbst Mitträger des italienischen Herrschaftsapparates —, sondern einer italienischen Kolonie. Es wird Objekt dieses Herrschaftsapparates. Aber daß sich ein Volk von der kulturellen und wirtschaftlichen Kraft des alpenländischen Deutschtums erfolgreich nach solchen Methoden regieren läßt, ist natürlich undenkbar. Die Sanierung der Staatsfinanzen bleibt so unter allen Umständen unsere ureigenste Aufgabe. Nicht viel chancenreicher ist der andere Weg: die Ausgestaltung des Produktionsapparates. Sie setzt Kapitalinvestition voraus und Italien ist ein kapitalarmes und industriell-organisatorisch wenig leistungsfähiges Land. Die kühnen Versuche, die es nach dem

Zusammenbruch machte, in der alpenländischen Industrie Fuß zu fassen, sind durchwegs gescheitert. Die Herrschaftsstellung in der Alpine und bei den Fiatwerken wurde aufgegeben. Das Einströmen von Kapital und wirtschaftsorganisatorischen Kräften aus anderen Ländern, auf das Deutschösterreich angewiesen ist, würde eine engere wirtschaftliche Verbindung mit Italien geradezu vereiteln. Man muß sich doch klar werden, daß Wien, das heute gleichsam eine politisch neutrale Stellung einnimmt und nur dadurch seine Vermittlerfunktion erfüllen kann, in der italienischen Einflußsphäre mit allen politischen Hemmungen und Vorurteilen zu kämpfen hätte, denen eine in alle weltpolitischen Schwierigkeiten verstrickte Großmacht begegnet. Daß davon in erster Linie die besonders engen und geradezu lebenswichtigen finanziellen, industriellen und kommerziellen, organisatorischen und persönlichen Beziehungen zur Tschecho-Slowakei bedroht wären, ist für jeden offenbar, der die vielfach heikle Natur dieser Beziehungen kennt.

Zollunion, das heißt eine gemeinsame Zollpolitik, gemeinsame Zollgrenzen, gemeinsame Handelsverträge. Was das staatlich-politisch bedeutet, ist bekannt. Zollunion ist immer gewesen und wird immer sein die Vorstufe zu engerer staatlicher Gemeinschaft. Aber nicht davon, nicht von der Unwahrscheinlichkeit, von der nationalen Unerträglichkeit einer solchen Lösung sei hier die Rede, so weit sind wir noch nicht. Es genüge vorläufig der Hinweis auf die Tatsache, daß Italien in den letzten Jahren eine geradezu prohibitive Hochschutzzpolitik, insbesondere gegen Deutschland getrieben hat, während die deutschösterreichische Wirtschaft um den Preis ihrer Existenz auf eine freihändlerische Handelspolitik angewiesen ist. Davon könnte es abgehen, wenn es durch den Anschluß an Italien Teil eines selbstgenügsamen Wirtschaftsgebietes würde. Aber davon ist keine Rede. Daß ein sehr bedeutender Teil der österreichischen Ausfuhr nach Italien geht, beweist gar nichts. Von Holz abgesehen, handelt es sich dabei zum großen Teil um eine Ausfuhr, die nur durch die Inflation möglich geworden ist. Denn gerade die stärksten Industriezweige der deutschösterreichischen Wirtschaft sind auch in Italien besonders stark entwickelt, wengleich zum großen Teil auf weniger tragfähiger, aber desto ängstlicher gehüteter Grundlage: Eisen-, Maschinen-, elektrotechnische Industrie. Was Deutschösterreich wieder braucht, sind Kohle und Nahrungsmittel. Beides hat Italien nicht zu bieten, für beides ist es selbst in größtem Maße Einfuhrland.

Fürs erste genügt dieser Hinweis. Wir zweifeln nicht einen Augenblick, daß eine Aussprache über die sachliche Unterlage der Anschlußbestrebungen in Rom binnen wenigen Tagen zu dem gleichen negativen Ergebnis gelangt ist. Die bereits ängstlich gewordene italienische Schwerindustrie mit ihrem übermächtigen Einfluß auf Parlament und Presse wird das ihrige zur Aufklärung beitragen und es ist wahrscheinlich, daß sie den unionsfreundlichen Bestrebungen der Triestiner Kreise, die sich von einem wirtschaftlichen Anschluß Deutschösterreichs für Triest mit Recht viel versprechen, bald den Boden entzieht.

Sektionschef Schüller hat einen Handelsvertrag nach Hause gebracht, wie wir ihn bereits mit mehreren anderen Nachbarstaaten abgeschlossen haben. Der Rest ist Genf. Die Meldungen, die von dort kommen,

klingen altvertraut. Das eitle Gaukelspiel der Illusionen, die da geweckt werden, ist diesmal vielleicht nur noch gefährlicher als früher, denn die Regierung setzt alles auf die letzte Karte. Sie ist zum höchsten, letzten Einsatz bereit. Für Dr. Seipel gibt es nur die Alternative Auslandskredit oder Untergang. Für den Auslandskredit ist er daher bereit, jeden Preis zu zahlen, das heißt konkret gesprochen, Österreich ist bereit, die finanzielle und damit die politische Kontrolle auf sich zu nehmen. Denn da dieser Kredit, wenn er realisiert werden sollte, ein politischer Kredit ist, aus politischer Rücksicht gewährt wird, verfolgen auch die Bedingungen, die an ihn geknüpft werden, politische Ziele. Beschränkte sich diese Kontrolle ausschließlich auf die Überwachung des eigentlichen Schuldendienstes, so wäre sie schon schwer erträglich, aber sie mag hingenommen werden. Geht sie weiter, wollen uns unsere Gläubiger Art und Richtung unserer künftigen Finanzpolitik vorschreiben und diese überwachen, dann gibt es darauf nur eine Antwort: Niemals! Es ist ein peinigendes Gefühl, zu sehen, wie viele Menschen in diesem Lande bereits überhaupt das Verständnis für die moralische und wirtschaftliche Unerträglichkeit jeder Art einer fremden Kontrolle verloren haben. Die grauenhafteste Gefahr, die Versailles und Saint Germain heraufbeschworen haben, beginnt sich zu verwirklichen: das deutsche Volk, dessen politische Macht jene Verträge gebrochen haben, droht auch seelisch ein Sklavenvolk zu werden. Es reicht bereits willig seine Hand dem Herren dar, der ihr Fesseln anlegen will, und freut sich dessen gar, wenn die Fesseln goldig schimmern. Und es sind nicht nur ein paar „internationale“ Wirtschaftsmenschen, nicht Angehörige des internationalen Finanzkapitals, die sich dieser moralischen Selbstentwaffnung hingeben, der moralische Zersetzungsprozeß hat sich bis tief in sogenannte nationale Kreise eingefressen, deren Nationalgefühl sich heute ausschließlich mehr in Flüchen gegen die Republik und Judenhetze erschöpft. Aber man täusche sich nicht. Diese „Aufroddung der mitteleuropäischen Frage“ hat den Appetit, den politischen oder wirtschaftlichen, unserer Nachbarn aufs höchste gereizt und es würde selbst, wenn das Parlament morgen einen Bruch mit der Politik der letzten Wochen erzwänge, viel Zeit und Mühe nötig sein, diesen Appetit wieder von dem Objekt seiner Begierde abzulenken.

Deutschösterreich steht vor der letzten Entscheidung. Die Regierung hegt die Absicht, die allerletzten Reserven dem famosen Notenbankprojekt zu opfern. Es soll ihr als untauglicher Notbehelf für ein paar Wochen dienen, in denen vielleicht doch das große Wunder geschehen würde, für ein paar Wochen, in denen man sich eines parteitaktischen Erfolges erfreuen möchte, den man nicht mit der heutigen Opposition teilen will. Aber das Wunder wird wieder nicht geschehen und dann wird man neben dem unheilbaren moralischen Schaden die allerletzten für eine wirkliche Sanierungsaktion unentbehrlichen Reserven aufgezehrt und kostbare, unersetzliche Zeit verloren haben. Die Regierung Seipel, deren Finanzminister noch vor wenigen Wochen stolz die Auseinandersetzung mit jedermann abgelehnt hat, der die Lebensfähigkeit dieses Staates in Zweifel zu ziehen wagte, hat jeden Glauben an die Möglichkeit einer inneren Heilung aufgegeben. Für sie gibt es nur eine Rettung von außen. Sie sucht sie in Prag, in Rom, in Genf. Nicht viel mehr als ein paar unverbind-

liche Redensarten interessierter Staatsmänner rechtfertigt den Glauben, daß von dort wirklich Hilfe kommen könnte. Es gibt aber in Wahrheit nur einen Ort, wo Hilfe und Rettung gesucht und gefunden werden kann: Wien.

Dr. G. St.: Gegen die Notenbank.

Die neue Notenbank ist zur Schicksalsfrage Deutschösterreichs geworden. Daß das Notenbankprojekt in diesen zeitungswunden Wochen zu so überragender Bedeutung gelangt ist, bedarf der Erklärung. Als in den Paniktagen des Monates Mai, in denen der Zusammenbruch wieder einmal unmittelbar bevorzustehen schien, die Bevölkerung mit der Nachricht überrascht wurde, daß in einer Sitzung der Regierung mit den Vertretern der Wiener Großbanken die Errichtung einer Notenbank mit heimischem Kapital beschlossen worden sei und der Blätterwald vor eitel Jubel widerhallte, machte der „Oesterreichische Volkswirt“ dazu sofort seine skeptischen Vorbehalte. Wir brachten nicht die rasche Anpassungsfähigkeit gewisser Fachmänner auf, die noch wenige Tage zuvor die Idee einer Notenbankgründung im jetzigen Zeitpunkt als undiskutabel verworfen hatten und nun plötzlich mit Begeisterung dafür eintraten. Immerhin übte gerade die Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung ihre psychologische Wirkung, und diese Wirkung abzuschwächen, war nicht unsere Sache. Die Wirkung war die eines Bluffs, aber sie war gut. Sie gebot der Panik Einhalt, ja sie senkte die Devisenkurse in wenigen Tagen fast auf die Hälfte ihres damaligen Höchststandes. Das legte die Verpflichtung auf, manche Bedenken zu unterdrücken, die der ganze Plan weckte. Schließlich konnte auch ein Irrtum dem Gemeinwesen zum Vorteil gereichen. Und wir konnten uns dabei beruhigen, daß die Notenbank ein unschädliches und in mancher Hinsicht nützliches Instrument der Finanzpolitik werden könnte, wenn — und das war allerdings *conditio sine qua non* — wenn ihre Gründung von der Durchführung eines Finanzplanes begleitet würde, der die Regierung in Stand setzte, die Notenpresse stillzulegen.

Nach wenigen Wochen war es entschieden, daß diese Bedingung nicht erfüllt wurde. Damit war es unmöglich geworden, der offiziellen Finanzpolitik weiter „diszipliniert“ Gefolgschaft zu leisten. Als Finanzminister Ségur Ende Juni dem Nationalrat seinen Finanzplan vorlegte, da mußten wir zum erstenmal die schwere Anklage gegen die „Finanzdilettanten“ erheben, von denen regiert zu werden, das Unglück dieses Landes ist. Damals schon schrieben wir: „Entweder die Regierung und ihre Berater sind gutgläubig, dann beweisen sie mit ihrem Finanzplan eine Ahnungslosigkeit, für die kein Wort der Kritik zu scharf wäre; oder sie zweifeln an der Erfüllbarkeit ihrer Pläne und Versprechungen, dann gibt es keine Sühne, die streng genug wäre für die verheerenden Folgen, die ihr uferloser Leichtsinns nach sich ziehen muß.“ Und weiter: „Es scheint, und das ist eine Hoffnung, daß diese Episode rascher erledigt sein wird als das Regime Gürtler-Rosenberg. Aber die bange Frage ist, ob sie überhaupt noch das Objekt eines tauglicheren Sanierungsplanes zurücklassen wird.“

In den nächsten Tagen entscheidet sich die Antwort auf diese bange Frage. Der Kampf, der in diesen Tagen hinter und vor den Kulissen um die Notenbank geführt wird, geht in Wahrheit um Sein oder Nichtsein Deutschösterreichs. Wer in einem solchen Kampfe in klarem Bewußtsein der unmittelbar drohenden Todesgefahr seines Landes andere Rücksicht übt als die Rücksicht auf sachliches Argument, wer sich durch persönliche Ängstlichkeit oder taktische Rücksicht hemmen läßt, wann und wo immer sich die Gelegenheit darbietet, seine Stimme zu erheben und vor dem drohenden Unglück zu warnen, macht sich mitschuldig und mitverantwortlich an dem Unheil, dem dieses Land nicht mehr entrinnen kann, wenn noch einmal — in der Bankfrage — jener frivole, leichtfertige Finanzdilettantismus obsiegt.

Die zwingenden Argumente, die unter Ausschluß jedes Kompromisses zur unbedingten Verwerfung des ganzen Notenbankprojektes drängen, haben wir kurz und eindringlich während der Streiktage in der „Arbeiter-Zeitung“ dargelegt. Im folgenden soll zunächst im Anschluß an diesen Artikel der augenblickliche Stand der Frage dargestellt werden. Aber wir müssen in dem breiteren Rahmen unserer Zeitschrift manches Argument, das dort nur gestreift wurde, ausführlicher erörtern. Die Regierung will die Änderungen des Notenbankstatuts, die ihr von der Anglobank und Länderbank aufgezwungen wurden, im Parlament mit der größten Beschleunigung durchbringen. Sie will womöglich in wenigen Tagen die Zeichnung auf die Aktien eröffnen lassen, damit die neue Notenbank Mitte Oktober sich konstituieren und ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Warum die Regierung das Notenbankprojekt forciert, ist nicht ganz klar. Es scheint, daß sie selbst die Möglichkeiten seiner Durchführung von Tag zu Tag rasch dahinschwinden sieht. Aber es ist die Regierung selbst, die die Durchführung des Notenbankprojektes unmöglich gemacht hat, wenn es jemals möglich war. Finanzminister Ségur hat am Mittwoch der vorigen Woche unfreiwillig durch sein Exposé im Finanzausschuß des Nationalrates die letzten Zweifel an der Ungeheuerlichkeit des Notenbankprojektes beseitigt. Dieser ahnungsloseste aller Finanzminister, die jemals in der Himmelpfortgasse residiert haben, ist sich diesmal so wenig wie früher der Bedeutung seiner Worte bewußt gewesen. Er hat dem Finanzausschuß auseinandergesetzt, wie der Staat seinen Geldbedarf im Monat September decken wird. Die budgetpolitische Seite seiner Ausführungen, die infolge des Streiks unbesprochen bleiben mußte, hat uns hier nicht zu interessieren. Im Zusammenhang mit unserer Frage ist nur festzustellen, welche Ansprüche in den nächsten Wochen an die Notenbank herantreten werden. Der Finanzminister hat zunächst eine Kreditermächtigung auf 223 Milliarden erhalten, die selbstverständlich durch die Notenpresse finanziert werden sollen. Er rechnet ferner mit dem Eintreffen der ersten Hälfte des italienischen Kredits von 35 Millionen Lire und einer zweiten Rate des französischen Kredits von 20 Millionen französischen Francs. (Bezüglich dieser hat er erst ein dringendes Ersuchen an die französische Regierung gerichtet; ob ihm willfahrt wird, ist noch ungewiß.) Diese beiden Auslandskredite sollen wieder, wie schon die ersten 20 Millionen französischen Francs im Monat August, als „Notendeckung“ verwendet werden, das heißt, die De-

visen werden in Wien oder in Paris oder Rom in einen Kassenschrank gesperrt und dafür neue Noten gedruckt. Auf Grund der heutigen Kurse kann sich die Regierung von der Oesterreichisch-ungarischen Bank für den italienischen Vorschuß rund 100, für den französischen wieder wie im August 116 Milliarden ausfolgen lassen. Die Regierung wird also die Notenbank im September mindestens mit 440 Milliarden in Anspruch nehmen. Darin sind die Auswirkungen des Index noch nicht berücksichtigt, der den staatlichen Bedarf ohne Zweifel noch weit über diese Summe steigern muß, auch wenn der Regierung die Absicht gelingen sollte, den Index nur in halber Höhe zur Auszahlung zu bringen. Über diese Absicht wird in der nächsten Nummer noch einiges zu sagen sein. Selbst wenn sie ohne verheerende Erschütterungen sozialer Art durchsetzbar werden sollte, bleiben Bedenken gegen die Aufhebung des Indexgesetzes bestehen, die nicht geringer sind als die Bedenken, die seinerzeit gegen seine Einführung erhoben werden mußten. Im Zusammenhang mit der unmittelbaren Verschuldung des Fiskus an die Notenbank steht diejenige Inflation, die von der Finanzierung der Zwangsanleihe ausgeht. Die Regierung hat der Industrie das Zugeständnis gemacht, die Zwangsanleihe der Staatszentalkasse in Form von drei Monatswechseln zu zahlen, die natürlich wieder in die Notenbank fließen. Die Zwangsanleihe ist bekanntlich beschlossen worden, um die Notenpresse stillzulegen. Allerdings soll dieser Modus der Anleihezahlung nur Firmen bewilligt werden, die darauf angewiesen sind. Aber die Regierung selbst rechnet bei schärfster Zensur auf die Inanspruchnahme der Notenbank unter diesem Titel mit mindestens 30 Milliarden. Die privaten Ansprüche an den Eskompte der Bank bewegen sich derzeit um 120 Milliarden in der Woche. Wie hoch sie durch den Index anwachsen, ist augenblicklich noch gar nicht abzusehen. Die Zunahme des Eskompteportefeuilles und des Notenumlaufes um 500 Milliarden für private Zwecke im ganzen September ist daher ohne Zweifel zu tief gegriffen. Da der Notenumlauf Ende August bereits 1350 Milliarden betragen hat, wird er Ende September den Stand von 2300 Milliarden sicherlich weit überschritten haben. Nehmen wir die Ansprüche für die erste Oktoberhälfte, also den denkbar frühesten Termin der Aktivierung der neuen Notenbank, in gleicher Höhe an wie für die zweite Septemberhälfte, so würde die Notenbank von der Oesterreichisch-ungarischen Bank die Erbschaft einer Notenmasse von mindestens 2800 bis 3000 Milliarden zu übernehmen haben.

Was stünde dieser Notenmasse als Deckung gegenüber? Zunächst die 60 Millionen Goldfrancs Aktienkapital, ferner 40 Millionen französische Francs, die ungefähr 16 Millionen Goldfrancs entsprechen, schließlich 35 Millionen Lire oder nicht ganz 9 Millionen Goldfrancs, zusammen 85 Millionen Goldfrancs. Nehmen wir den Durchschnittskurs des Schweizer Francs in den zwei Monaten mit 12.000 an, so würden 85 Millionen Goldfrancs die Dritteldeckung für einen gesamten Notenumlauf von 3060 Milliarden bieten. Geht man vom heutigen Tageskurs aus, so sind es 3600 Milliarden. Mit anderen Worten, am Tage der Konstituierung hätte die neue Notenbank ihr satzungsmäßiges Emissionsrecht bereits nahezu erreicht, wahrscheinlich sogar überschritten, die Bank stünde vor der Wahl, ihre Schalter zu schließen oder die sofortige Aufhebung des

Notenbankstatuts mit seinen Deckungsvorschriften zu beantragen!

Die Regierung kann dieses Ereignis allenfalls um ein paar Wochen hinausschieben, wenn sie auch noch die 35 bis 40 Millionen Goldkronen, die ihr aus der Liquidationsmasse der alten Oesterreich-ungarischen Bank gebühren, ferner den französischen und italienischen Kreditrest von 7 Millionen französischen Francs und 35 Millionen Lire in die Bank einbringt. Das wären zusammen wieder rund 50 Millionen Francs, auf Grund deren bei den angenommenen Kursen nochmals 1800 bis 2000 Milliarden ausgegeben werden könnten. Das würde bei den Preisen und Löhnen, mit denen nach dem letzten Index — selbst wenn er nicht voll bezahlt werden sollte — gerechnet werden muß, uns gestatten, den Staatshaushalt und die Industrie für weitere sechs Wochen in Gang zu halten. Dann aber wären wir endgültig fertig, wenn nicht, woran doch kein Mensch ernsthaft glauben kann, der sogenannte Auslandskredit bis dahin eingetroffen ist. Und um den Irrsinn des ganzen Notenbankprojekts auf seinem Gipfel zu zeigen: Der Finanzminister muß noch in all der Zeit ängstlich besorgt sein, daß nicht die Devisenkurse zurückgehen, weil sich sonst der Kronenwert der Devisen verringern und die Notendeckung noch früher unter ihr gesetzmäßiges Minimum sinken würde. Jede Erleichterung auf dem Devisenmarkt würde den Tag der Insolvenz der Bank noch näher rücken. Und sollten die Hoffnungen auf einen Kredit sich verstärken, und — was leider nicht zu hoffen ist — einen stärkeren Rückgang der Devisenkurse herbeiführen, so könnte das ganze Notenbankprojekt durch die Tatsachen erledigt sein, bevor noch das Parlament sein letztes Wort gesprochen hat.

Was unter diesen Umständen die Gründung der Notenbank bedeuten würde, muß jedoch mit aller Klarheit und Bestimmtheit festgestellt werden. Nimmt der Hauptausschuß das geänderte Statut an und tritt die Bank ins Leben, so ist Mitte Oktober oder bestenfalls einige Wochen später der Staat nicht mehr in der Lage, seine Beamten zu bezahlen, die Industrie außerstande, Materialien einzukaufen und ihre Arbeiter zu entlohnen. Der Zusammenbruch im wörtlichen Sinne, das Ende der Staats- und Privatwirtschaft ist da.

Eine Widerlegung dieser Berechnung ist bisher von keiner Seite versucht worden und kann auch nicht versucht werden. Auf die erstaunliche Polemik des Finanzministers in der Freitagsitzung des Nationalrates, die uns während der Drucklegung zur Kenntnis kommt, können wir leider nicht mehr die gebührende Antwort geben. Sie muß bis zur nächsten Nummer aufgespart bleiben. Hier nur ein paar Worte. Unsere Rechnung kann der Finanzminister nicht nur nicht anfechten, er bestätigt sie vielmehr. Die Regierung ist also wirklich entschlossen, ihre Gold- und Devisenbestände bis auf den letzten Pfennig in die Bank als Notendeckung einzubringen. Sie schiebt dadurch die Emissionsgrenze genau wie wir gefürchtet haben, von 3 auf 5 Billionen hinaus, wenn ihr nicht das Unglück widerfährt, daß die Devisenkurse zurückgehen. Der Finanzminister aber knüpft daran die treuherzige Frage: „Kann es ein vernünftiger Vorwurf an die Regierung sein, wenn man sich schon heute darüber be-